

Rede CN Bürgerschaftssitzung 15.01.2020 Drs. 21/19311 (von SPD angemeldet)

## Senatsmitteilung zur Hamburger Engagementstrategie

Sehr geehrte Frau / Herr Präsident (-in), meine Damen und Herren,

Hamburg ist ohne bürgerschaftliches Engagement nicht denkbar.

Katastrophenschutz, zum Beispiel bei DLRG oder Johanniter, Naturschutz, soziale und kulturelle Einrichtungen, Bildung und Sport würden ohne Freiwillige nicht funktionieren. Für sie muss es Rahmenbedingungen geben, die ein Engagement überhaupt möglich machen und sie unterstützen.

Bei jungen Menschen, die sich engagieren, zum Beispiel in der Jugendfeuerwehr, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie sich auch im Erwachsenenalter ein Ehrenamt übernehmen.

Ehrenamtliches Engagement ist keine Selbstverständlichkeit, sondern verdient viel Anerkennung.

Umso großartiger ist es, dass sich bereits viele Hunderttausende Hamburgerin und Hamburger ehrenamtlich betätigen. Das ist fast jeder Dritte.

Wir freuen uns, dass die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens nun endlich veröffentlicht sind.

Und diese sind recht aufschlussreich. Sehr bemerkenswert ist, welche Rahmenbedingungen sich aus Sicht aktuell noch nicht Engagierter am dringendsten verbessern müssten.

Da steht an erster Stelle mit 53% auf Platz 1 die „Einführung einer Ehrenamtskarte“. Das ist übrigens genau das, was wir Liberale bereits seit der letzten Legislaturperiode regelmäßig fordern.

Was übrigens trotz Zustimmung der gesamten Opposition mit rot-grüner Mehrheit abgelehnt wurde.

Vielleicht überdenken SPD und Grüne ihre Position hierzu ja noch einmal – die vielen Ehrenamtlichen würden sich freuen.

Zusätzlich haben wir Liberale noch eine ganze Reihe weiterer Vorschläge, wie das Ehrenamt gefördert werden kann.

Dazu möchte hier ein paar Beispiele nennen:

Wir wollen neben Freiwilligenagenturen und auch Seniorenbüros fördern, damit am Ehrenamt Interessierte ein passendes Engagement finden und bereits Engagierte sich vernetzen können.

Zeitgemäße Internetpräsenzen sollen in übersichtlicher, gut strukturierter und verständlicher Form präsentieren, wo und wie sich Bürger einbringen können. Regelmäßig ehrenamtlich tätige Bürger sollen Zertifikate erhalten, die bei Einstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst berücksichtigt werden.

Vorbild ist das Zeugnisbeiblatt für Schüler. Arbeitsgemeinschaften an den weiterführenden Schulen sollen sich mit politischen Fragestellungen im jeweiligen Bezirk auseinandersetzen können.

Ehrenamtliche Tätigkeiten von Schülern sollen verstärkt als außerschulische Lernleistung und von Studierenden als Ersatz zu Grundfertigkeitkursen, die sie im Rahmen ihres Studiums verpflichtend belegen müssen, anerkannt und angerechnet werden. Wir wollen, dass die Jugendleiter-Karte freien Eintritt in staatliche Museen gewährt und dass Jugendfonds in den Bezirken von Kreisschülerräten und regionalen Jugendverbänden kooperativ verwaltet und für ihre Projekte genutzt werden dürfen.

Sie sehen, es gibt noch eine Menge an Möglichkeit, wie Ehrenamtliche weiter unterstützt werden können.

Wir Liberale stehen konstruktiv für weitere Verbesserungen bereit.

Vielen Dank!